



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 22. Juni 2021
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

M 419 Motion Haller Dieter und Mit. über die Abschaffung der Listenverbindungen im Kanton Luzern und die Beschränkung der Unterlisten auf eine Liste pro Partei / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Dieter Haller hält an seiner Motion fest.

Dieter Haller: Wie der Regierungsrat in seiner Stellungnahme zur Motion korrekt festhält, ist der Kanton Luzern beim kantonalen und kommunalen Wahlsystem weitgehend frei. Er zeigt leider die Tatsache nicht auf, in welchem Ausmass Listenverbindungen und Unterlisten seit vielen Jahren in willkürlichster Art zugenommen haben. Sie sind weder transparent noch einfach zu verstehen und schon gar nicht fair. Dass jede Partei sich einen Vorteil zu verschaffen versucht, um bei den Wahlen allenfalls besser abzuschneiden, als ihr zustehen würde, liegt in der Natur der Sache. Mein reales Beispiel in der Motion zeigt auf, dass das nicht zwingend fair ist. Transparenz wird immer wieder gern gefordert. Wenn aber beispielsweise die Liste 1 eine Listenverbindung oder Unterlistenverbindung mit den Listen 3, 4, 8, 11, 12, 14, 15, 16, 17, 21 usw. eingeht, ist das sicher nicht transparent. Man vernebelt die Sicht der Stimmbevölkerung, oder können Sie der Stimmbevölkerung erklären, welche Auswirkungen welche Zusammensetzungen haben und wer schlussendlich davon profitiert? Sind solche Listenverbindungen überhaupt im Sinn der Stimmbevölkerung oder nur im Sinn gewitzter Strategen? Ein Beispiel: Sie wählt Partei A, denn mit der Partei B kann sie nicht viel anfangen. Aber gerade dieser verhilft sie unter Umständen zu einem Zusatzmandat, weil A und B eine Listenverbindung eingegangen sind. Stehen Sie ein für Fairness und Transparenz bei den Wahlen im Kanton Luzern, auch wenn Einzelne allenfalls vom jetzigen System profitiert haben, wenn auch eher zufälligerweise. Für uns als Volkspartei ist die Transparenz im Wahlsystem für unsere Wählerinnen und Wähler nicht nur selbstverständlich, sondern fundamental. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass wir keinen Verschleierungskurs fahren wollen, so wie es im jetzigen System der Fall ist, und es ist für uns klar, dass wir uns gegen einen solchen Systembruch einsetzen. Je nach Kantonsratsentscheid halten wir uns eine entsprechende Gesetzesinitiative offen, welche bereits vorbereitet ist. Es ist korrekt, dass bei nationalen Wahlen entsprechend nationales Recht gelten würde. Es ist aber auch korrekt, dass das durch die viel geringer zu vergebenden Mandate um ein Vielfaches übersichtlicher und transparenter ist und auch dieses Gesetz angepasst werden kann. Seien auch Sie gegen einen Systemmissbrauch und für Fairness und Transparenz, und stimmen Sie unserer Motion über die Abschaffung von Listenverbindungen im Kanton Luzern und die Beschränkung von Unterlisten auf eine Liste pro Partei zu. Besten Dank.

Mario Cozzio: Der Vorstoss von Dieter Haller berührt einen sensiblen demokratiepolitischen Punkt. Ich gebe ihm vollkommen recht: diese Auswüchse können

nerven. Acht Listen und Unterlisten für dieselbe Partei sprengen den Rahmen schon etwas. Aber ist es nicht das gute Recht eines jeden Menschen, für ein Amt zu kandidieren? Und wenn nun halt Partei C so viele willige Kandidatinnen und Kandidaten auf acht Listen hat, dann sei es so, und für diese Partei ist es eine schöne Sache. Grenzwertig wird es erst, wenn Kandidaten auf Listen landen, die nichts von ihrer Kandidatur wissen – an dieser Stelle einen Gruss an die ehemalige BDP Luzern. Der Passus mit der Begrenzung der Unterlisten auf maximal eine Liste finde ich ehrlich gesagt geradezu schrecklich. Kann eine Partei also nebst einer jungen Liste keine Seniorenliste mehr haben? Wäre es denn glaubwürdiger, wenn eine 70-jährige Seniorin auf der Liste der jungen GLP antritt? Dann bevorzuge ich schon eher klare, verständliche Listen. Zu den Listenverbindungen: Bei unserer grossen Parteienvielfalt ist es schlicht nicht möglich, ohne Listenverbindungen ein Abbild der Bevölkerung im Rat zu erreichen. Im Rechenbeispiel des Vorstössers, in welchem die Prozentzahlen zusammengezählt übrigens 110 Prozent betragen (das müsste man in den Urnenbüros dann genau prüfen), wäre rund die Hälfte der Wählerinnen und Wähler ohne Listenverbindungen nicht repräsentiert. Eine Lösung dafür gäbe es: den doppelten Pukelsheim. Ich empfehle stark, sich in dieses System einzulesen, und danke bereits jetzt für die Unterstützung bei einem Vorstoss meinerseits. Dass wir so viele intakte Parteien in unserem Kanton haben dürfen, ist ein riesiges Privileg, und es gilt Sorge dazu zu tragen. Um mein Votum abzurunden, möchte ich nochmals auf die Auswüchse zurückkommen: Bei den Regierungsratswahlen 2019 gab es 28 Listen, und das für gerade einmal neun Personen. Bei der Motion M 218 von Jonas Heeb, welche die Abschaffung von Wahllisten bei Majorzwahlen forderte, waren die SVP und die FDP einstimmig dagegen. Da frage ich mich schon wieso. Wieso stören Auswüchse bei Proporzahlen, nicht aber bei Majorzwahlen? Wenn ich dann aber auf das Parteienspektrum in der ersten Reihe des Podiums hier vorne schaue, bekomme ich die Antwort. Die GLP-Fraktion lehnt die Motion eindeutig und einstimmig ab.

Rolf Born: Wo SP, Grüne und Junge Grüne, GLP, CVP, SVP oder FDP auf der Liste steht, sollen nach Ansicht des Motionärs künftig auch ausschliesslich SP, Grüne und Junge Grüne, GLP, CVP, SVP oder FDP, und zwar in reiner Form, drin sein. Diese Thematik haben wir bereits vor 3205 Tagen, am 6. November 2012, im Rahmen der Behandlung einer ähnlichen Motion von Peter Schilliger diskutiert. Schon damals haben wir uns auf den Standpunkt gestellt, dass der Wählerwille unverfälscht zum Ausdruck kommen muss. Listenverbindungen garantieren das nicht. Wir alle wissen, dass den Wählenden oft gar nicht bewusst ist, dass sie mit ihrem eingeworfenen Wahlzettel allenfalls noch einer anderen Partei zu einem Sitz verhelfen. Listenverbindungen basieren nicht auf programmatischen oder inhaltlichen Überlegungen, sondern oft einfach auf den Erkenntnissen aus der Analyse der letzten Sitzverteilungen. Listenverbindungen werden in aller Regel nicht sehr prominent gekennzeichnet, das Eruiieren der Listenpartner erweist sich für die Stimmenden als mühsam. Ohne Listenverbindungen werden die Wahlen einfacher und übersichtlicher. Davon profitieren die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sowie die Parteien. Nur ohne Listenverbindungen wissen die Wählenden, an welche Partei und an welche Person ihre Stimme wirklich geht. Ohne Listenverbindungen können Parteien oder politische Gruppierungen künftig nur je eine Liste einreichen. Das vereinfacht die Wahlen. Auch heute hält die FDP daran fest, dass wir als Gesetzgeber verhindern müssen, dass die Wählenden die Katze im Sack kaufen. Das System ist übrigens bereits in mehreren Kantonen entsprechend angepasst worden. Die FDP-Fraktion unterstützt die Erheblicherklärung der Motion grossmehrheitlich, damit künftig auf Wahllisten wirklich drin ist, was draufsteht.

Marianne Wimmer-Lötscher: Die Argumentation des Motionärs, mit dieser Motion mehr Transparenz, Pragmatismus und Fairness bei den Proporzahlen erzielen zu wollen, ist wenig überzeugend. Für die SP liegt es auf der Hand, dass die Motion über die Abschaffung von Listenverbindungen mit der Beschränkung auf eine Unterliste pro Partei primär darauf abzielt, kleinere Parteien zu schwächen, die von Restmandaten eher profitieren können. Vom Paktieren profitieren aber einmal die einen, einmal die anderen. So haben immer wieder auch grosse Parteien profitiert, wie beispielsweise 2015 bei den Nationalratswahlen,

als die CVP und die FDP mit einer Listenverbindung einen Sitzgewinn der SP verhinderten. Auch wenn der Motionär angibt, dass es bei der Motion nicht um das Schaffen von Vorteilen für die eigene Partei gehe, sondern um eine bessere Übersicht, so wissen wir, dass die treibenden Parteien bei den letzten Wahlen mit Listenverbindungen nicht so gute Erfahrungen gemacht haben. Erinnern Sie sich, mit welchen Argumenten eben diese Parteien sich gegen die Abschaffung von vorgedruckten Wahllisten bei Majorzwahlen aussprachen? Da klingen Aussagen wie «Ohne Listenverbindungen sind Wahlen eine klare Sache und transparenter» in meinen Ohren wie leere Worthülsen. Die SP sieht keine gewichtigen Gründe, das Verfahren bei Proporzahlen anzupassen. Im Gegenteil: Listenverbindungen sind für die Wählenden die Garantie, dass sie ihren Willen klar zum Ausdruck bringen können und ihre Stimme in keinem Fall verloren geht. Insofern sind sie ein Garant für die politische Vielfalt und fördern die Einbindung aller politischen Kräfte. Für den Politologen Tobias Arnold ist indessen klar, dass sowohl kleinere Parteien als auch die proportionale Abbildung gesellschaftlicher Strömungen mit der Abschaffung von Listenverbindungen geschwächt würden. Die SP folgt der Empfehlung des Regierungsrates und lehnt die Motion ab.

Claudia Wedekind: Wahlen sind anspruchsvolle, emotionale und strategische Prozesse. Für den Ausgang und den Erfolg bei Wahlen sind nebst dem aktiven, seriösen und umsichtigen Politisieren auch das aktuelle Geschehen in den Gemeinden, im Kanton, in der Schweiz, im Ausland, auf der Welt sowie auch allgemein die Tendenzen in unserer Gesellschaft massgebend. Zur vorliegenden Motion: Der Motionär fordert erstens die Abschaffung der Listenverbindungen und zweitens die Beschränkung der Unterlisten auf eine Liste pro Partei. Zur Abschaffung der Listenverbindungen: Es gibt Kantone, die ohne Listenverbindungen arbeiten. Diese haben das System des doppelten Pukelsheim, wie wir bereits gehört haben. Es würde zu weit führen, dieses System hier zu erläutern, zumal der Kanton Luzern dieses nicht praktiziert. In der Regel segnet die Parteiversammlung die Listenverbindung ab. Das heisst eine Mehrheit der Partei muss die vorgeschlagene Verbindung befürworten. Somit wird eine mögliche Willkür unterbunden, was richtig und auch sehr wichtig ist. Die CVP ist der Überzeugung, dass die Wählerinnen und Wähler das System der Listenverbindungen verstehen und dementsprechend handeln. Die Wählerinnen und Wähler sind in der Lage zu entscheiden, ob sie die offen deklarierten Listenverbindungen unterstützen wollen oder eben nicht. Wenn Parteien Listenverbindungen eingehen, die offensichtlich unwahrscheinliche Kombinationen ergeben, können die Wählerinnen und Wähler selber entscheiden, ob sie diese Parteitaktik unterstützen wollen oder nicht. Die zweite Forderung der Motion spricht die Unterlisten an. Die Unterlisten sollen sich auf eine Liste pro Partei beschränken, und es wird sogleich auch gesagt, welche Liste, nämlich die der Jungparteien. Es ist grundsätzlich ein guter Gedanke, dass den Jungparteien hier eine offizielle, einheitliche Plattform gegeben werden soll. Hier hat der Motionär meine volle Unterstützung. Gleichzeitig blutet mein Politikerherz. Als Teil einer bürgerlichen Partei befürworte ich die politische Freiheit einer facettenreichen Politik, in der sich alle Wählerinnen und Wähler wiedererkennen. Es ist anmassend zu bestimmen, welche Interessengruppe als Unterliste aufgeführt werden soll. Diese Vorgabe hat für alle weiteren Untergruppen einen ausschliessenden Charakter. Die CVP als Mutterpartei pflegt die breiten Interessengruppen in Form von Vereinigungen, sieben an der Zahl. Diese Vielfalt entspricht nicht einem taktischen Manöver, und es geht auch nicht darum, den Menschen zu gefallen, sondern sie ist Ausdruck einer Volkspartei, die sich in der Mitte der Gesellschaft bewegt, wo Vielfalt und Handlungsmöglichkeiten Platz haben. Die CVP-Fraktion lehnt die Motion ab.

Fabrizio Misticoni: Die Grünen und Jungen Grünen haben ein gewisses Verständnis für das Anliegen des Motionärs. Der ausufernde Wildwuchs an Unterlisten ist auch aus unserer Sicht eine Entwicklung, welche eher zu mehr Verwirrung als zu mehr Partizipation führen kann. Ob es wirklich für jede Partei-Untergruppierung und -Freizeitbetätigung eine eigene Partei-Unterliste braucht, darf stark bezweifelt werden. Beim zweiten Anliegen der Motion, der Abschaffung von Listenverbindungen zwischen Parteien, können wir die Beweggründe zwar nachvollziehen, aber nicht teilen. Bei Listenverbindungen zwischen Parteien geht es

nicht um eine Verwirrung und Verzerrung des Wählerwillens, wie in der Begründung behauptet wird. Listenverbindungen zwischen Parteien dienen dazu, den Wählerwillen besser abzubilden. Listenverbindungen bewirken durch die Zusammenfassung von Reststimmen eine Verminderung der unverwertbaren Stimmen. Dementsprechend werden auch Stimmen für kleinere Parteien bei der Sitzverteilung berücksichtigt, und es wird dadurch eine Verbesserung des Proporzwahlverfahrens erzielt. Fazit: Wenn Unterlistenverbindungen und Listenverbindungen abgeschafft werden sollen, dann nur, wenn auch ein neues Wahlsystem, ein neuer Proporz, eingeführt wird. Ich spreche vom sogenannten doppelproportionalen Zuteilungsverfahren, umgangssprachlich auch doppelter Pukelsheim genannt. Eine Motion dazu habe ich in der Vorbereitung auf dieses Traktandum bereits entworfen. Sie kann auch das Anliegen der vorliegenden Motion beinhalten. Mario Cozzio hatte offensichtlich die gleiche Idee. Ein System mit dem doppelten Pukelsheim haben in der Schweiz bereits sieben Kantone. Die G/JG-Fraktion lehnt diese Motion in dieser Ausgestaltung ab.

Hasan Candan: Ich möchte gerne als Direktbetroffener etwas dazu sagen: Gäbe es nicht die Listenverbindungen, wäre ich wohl nicht hier. Als ich im Jahr 2011 das erste Mal gewählt wurde, wurde ich auf der Juso-Liste gewählt. Ich war damals erst drei Monate in der Partei, war noch nicht gross ideologisch geprägt, hatte ein Netzwerk und dachte mir, dass ich bei der Juso die Chance für den Einstieg in die Politik habe. Ich habe dann kandidiert und wurde ziemlich überraschend gewählt. Man muss es auch zu schätzen wissen, dass durch die Listenverbindungen Menschen, die noch nicht lange in der Politik sind, vor allem auch junge Menschen, eine Möglichkeit erhalten, einen Einstieg in die Politik zu finden. Ich kann den Unmut über eine gewisse «Listenwut» verstehen. Aber ich fände es schade, deswegen mit der Abschaffung der Listenverbindungen all die positiven Effekte gleich mit abzuschaffen. Deshalb bitte ich Sie, diese Motion abzulehnen, auch damit die Partizipation von sehr vielen Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen in der Politik weiterhin möglich ist.

David Roth: Ich wurde im gleichen Jahr wie Hasan Candan gewählt, allerdings nicht auf der gleichen Liste, sonst wäre es für mich wohl eng geworden. Als Parteipräsident jener Partei, die bei der letzten Kantonsratswahl am meisten Kandidierende gestellt hat sowohl auf der Hauptliste der SP wie auch auf den diversen Unterlisten, möchte ich noch kurz etwas dazu sagen: Wenn ich bei uns in der Partei entweder der Juso oder der SP 60+ erklären müsste, dass sie nicht kandidieren dürfen, dann hätte ich ein ernsthaftes Problem. Dies deshalb, weil die Wahlen für diese Gruppierungen innerhalb unserer Partei eben auch eine Möglichkeit sind, die Inhalte aufs politische Parkett zu bringen und innerhalb der Partei auch die Sensibilität für ihre Themen zu erhöhen. Wahlen sind auch dazu da, dass die verschiedenen Gruppierungen im Kanton die Aufmerksamkeit dann auf sich lenken können, wenn die Politik im Zentrum steht. Das ist eine Bereicherung im Wahlkampf und nicht eine Verfälschung des Wählerinnen- und Wählerwillens. In der Stadt Luzern kandidieren auf FDP-Listen immer wieder Personen, die sehr sozialliberal sind, häufig aber keine Chance haben, gewählt zu werden. Sie grasen aber bei uns die Stimmen ab und helfen Rechtsfreisinnigen, hier in den Kantonsrat zu kommen. Das ist für mich die grössere Verfälschung des Wählerwillens. Letztlich ist die Pluralität eben mehr wert, welche die Parteien und auch die Wählerinnen und Wähler hier zeigen können, indem sie Leute von verschiedenen Parteien kombinieren. Wir haben nicht das gleiche System wie in Deutschland, wo man eine Partei oder einen Kandidaten mit der Erst- und Zweitstimme wählt, weil wir wollen, dass unsere mündigen Bürgerinnen und Bürger, die immer häufiger auch Wahllisten abändern, ihren Willen so zum Ausdruck geben können. Sonst würden wir wieder zu einem Majorzsystem zurückgehen. Den doppelten Pukelsheim werde ich nie unterstützen, denn dieser wäre Raketenwissenschaft und würde der Nachvollziehbarkeit einen Abbruch tun. Deshalb bitte ich Sie, auf solche Experimente zu verzichten. Wir haben ein gutes Wahlsystem, bleiben Sie hier konservativ.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Ich möchte für die Reminiszenzen von Hasan Candan und David Roth danken. Ich kann auch noch eine Wahl-Reminiszenz ergänzen, bevor ich zur Sache

spreche: ich habe mein erstes politische Mandat 2006 im Einwohnerrat Kriens durch eine Losziehung bekommen. Zur Motion: Das ganze Thema Wahlsystem ist ein sensibles Thema. Es gibt ein übergeordnetes Bundesgesetz, das Listenverbindungen zwischen verschiedenen Parteien erlaubt. Weiter sind Unterlistenverbindungen möglich, aber nur innerhalb einer Listenverbindung und bei listengleicher Bezeichnung. Es gibt also ein Bundesrecht, das auch einige Leitplanken setzt. Selbstverständlich gibt es verschiedene kantonale Wahlsysteme. Es gibt verschiedene Ziele, die wichtig sind. Es gibt den Wählerwillen, der respektiert werden muss. Dazu gehört die notwendige Transparenz. Dann ist es sehr wichtig, dass Stimmen nicht verloren gehen. Das ist das System der Partizipation. Restmandate sollen nicht verloren gehen. Es geht auch um die Gestaltungsfreiheit bei den Wahlen, die immer wieder von Ihrem Rat hochgehalten worden ist, es wurde bereits an die Diskussion zu den Majorzwahllisten erinnert. Nach Abwägung dieser verschiedenen Ziele beantragt die Regierung die Ablehnung der Motion.

Der Rat lehnt die Motion mit 70 zu 40 Stimmen ab.